Gesetzes- u. Verordnungsblatt

der

Evangelischen Landeskirche in Baden

Ausgegeben

Karlsruhe, den 31. Dezember

1963

Inhalt:

	Seite		Seite
Dienstnachrichten	63	Theologische Prüfungen im Frühjahr 1964	66
Kirchliches Gesetz:		Bibelkundliches Kolloquium	66
Abordnung von Pfarrern auf andere Pfarrstellen	64	Lehrbücher für den Religionsunterricht in der Mittelstufe der Gymnasien	66
Bekanntmachungen:		Bezirksvertreter der Inneren Mission und des Hilfswerks	66
Richtlinien für die Anstellung von Kirchendienern	64	Besoldung und Versorgung der Pfarrer und Kirchenbeamten und die Bezüge der Angestellten der Landeskirche	66
Durchführung der Richtlinien für die Anstellung von Kirchendienern	65	Aufwendungen für berufliche Weiterbildung als Werbungskosten bei der Lohnsteuer	67
Erweiterung des Kirchspiels Bühl	65	Das Läuten der Kirchenglocken	68
Erweiterung des Kirchspiels Steinbach bei Bühl	65		
Die Mitglieder des Landeskirchenrats	66	Hinweis:	
Die Mitglieder der Synode der EKD	66	Einführungskurse in die evang. Jugendarbeit	68

Dienstnachrichten

Entschliebungen des Landesbischofs

Bestätigt:

die Wahl des Pfarrers Ernst Cleiß in Willstätt zum Dekanstellvertreter für den Kirchenbezirk Rheinbischofsheim.

Berufen

(gemäß § 11 Ziffer 1 Pfarrbesetz.-Gesetz):

Pfarrer Otto Köhler in Wittenweier zum Pfarrer in Leopoldshafen, Pfarrer Hellmut Rave in Tennenbronn zum Pfarrer der Pauluspfarre in Baden-Baden.

Berufen

(gemäß § 11 Ziffer 2a Pfarrbesetz.-Gesetz):

Vikar Hermann Stöhrer in Mannheim (Markuskirche) zum Pfarrer in Hügelheim.

Berufen

(gemäß § 11 Ziffer 2d Pfarrbesetz.-Gesetz):

Pfarrer Ludwig Simon, z. Zt. in Wies, zum planmäßigen Religionslehrer am Gymnasium in Schopfheim als Pfarrer der Landeskirche.

Entschliebungen des Oberkirchenrats

Versetzt:

Finanzrat Dr. jur. Siegfried Uibel bei der Evang. Stiftschaffnei in Mosbach zum Evang. Oberkirchenrat, Finanzsekretär Günter Hofmann bei

der Evang. Stiftschaffnei Mosbach zum Evang. Oberkirchenrat.

In den Ruhestand versetzt auf Antrag bis zur Wiederherstellung seiner Dienstfähigkeit:

Pfarrer Walter Frischmann in Baden-Baden (Pauluspfarre) auf 1. 1. 1964.

Gestorben:

Dekan und Pfarrer i. R. Friedrich Bossert, zuletzt in Neckargemünd, am 28. 11. 1963, Pfarrer i. R. Hugo Bucherer, zuletzt in Mückenloch, am 29. 11. 1963, Pfarrer i. R. Ludwig Jörder, zuletzt in Tannenkirch, am 18. 12. 1963, Pfarrer i. R. Richard Nutzinger, zuletzt in Hauingen, am 28. 11. 1963.

Diensterledigungen

Konstanz, Lutherpfarre II, Kirchenbezirk Konstanz. Pfarrwohnung wird frei.

Tennenbronn, Kirchenbezirk Hornberg. Pfarrhaus wird frei.

Besetzung durch Gemeindevahl. Bewerbungen innerhalb drei Wochen unmittelbar beim Evang. Oberkirchenrat; gleichzeitig Anzeige an das für den Bewerber zuständige Dekanat.

Die Bewerbungen müssen bis spätestens 20. Januar 1964 abends hier eingegangen sein.

*Kirchliches Gesetz über die Abordnung von Pfarrern auf andere Pfarrstellen

Vom 13. November 1963

Die Landessynode hat das folgende kirchliche Gesetz beschlossen:

Einziges Paragraph

Das kirchliche Gesetz über die Abordnung von Pfarrern auf andere Pfarrstellen vom 6. Januar 1953 (VBl. S. 3), dessen Geltung durch das kirchliche Gesetz vom 19. Dezember 1957/21. April 1958 (VBl. 1957 S. 73 und 1958 S. 14) bis zum 31. Januar

1963 verlängert wurde, wird mit Wirkung vom 1. Dezember 1963 erneut für die Zeit von fünf Jahren in Kraft gesetzt.

Dieses Gesetz wird hiermit verkündet.

Karlsruhe, den 13. November 1963

Der Landesbischof
D. Bender

Bekanntmachungen

*Richtlinien für die Anstellung von Kirchendienern

Vom 15. November 1963

Die Landessynode hat am 15. November 1963 nachstehende Richtlinien für die Anstellung von Kirchendienern beschlossen:

I. Aufgabenkreis

1. Das Amt des Kirchdieners umfaßt im allgemeinen folgende Aufgaben:
 - a) die Kirche und die kirchlichen Räume zu Gottesdiensten, Amtshandlungen und sonstigen Veranstaltungen der Gemeinde vorzubereiten,
 - b) Paramente, Tauf- und Abendmahlsgeräte in würdigem Zustand zu halten und zu verwahren,
 - c) alle Gebrauchsgegenstände und Anlagen in der Kirche sorgfältig zu pflegen,
 - d) für die Ordnung bei allen Veranstaltungen in Kirche und Gemeinderäumen zu sorgen,
 - e) die Glocken nach der bestehenden Läuteordnung zu läuten,
 - f) das Kirchengrundstück und die dazu gehörigen Anlagen und Wege zu pflegen und instandzuhalten, auch das Schneeräumen und Streuen bei Schnee- und Eisglätte entsprechend den polizeilichen Vorschriften zu besorgen,
 - g) kleinere Reparaturen an Gebäuden und Einrichtungsgegenständen durchzuführen,
 - h) Botengänge für das Pfarramt zu erledigen.
2. Im einzelnen werden die Aufgaben des Kirchdieners durch den Kirchengemeinderat in einer besonderen Dienstanweisung geregelt.

II. Dienstvertrag

3. Der Kirchengemeinderat stellt die Kirchendiener durch schriftlichen Dienstvertrag an. Es gibt hauptberufliche
 - a) vollbeschäftigte
 - b) nicht vollbeschäftigte und nebenberufliche Kirchendiener.

4. Hauptberufliche Kirchendiener sind solche, deren vereinbarte regelmäßige Arbeitszeit im Durchschnitt mindestens die Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit eines vollbeschäftigten Kirchdieners beträgt. Die regelmäßige Arbeitszeit eines vollbeschäftigten Kirchdieners beträgt — entsprechend der Sonderregelung für Angestellte als Hausmeister — SR 2 r zum BAT, veröffentlicht im Gemeinsamen Amtsblatt Baden-Württemberg 1961 S. 344 — durchschnittlich 57 Stunden wöchentlich (unter Einschluß einer regelmäßigen Arbeitsbereitschaft von durchschnittlich 3 Stunden täglich).
5. Kirchendiener, deren vereinbarte regelmäßige Arbeitszeit nicht die in Nr. 4 Satz 1 festgesetzte Stundenzahl erreicht, sind im Nebenberuf angestellt.
6. Der Evangelische Oberkirchenrat wird Muster
 - a) eines Dienstvertrages mit hauptberuflichem Kirchendiener,
 - b) eines Dienstvertrages mit nebenberuflichem Kirchendiener,
 - c) einer Dienstanweisung für den Kirchendiener herausgeben. Die Kirchengemeinden sollen bei der Anstellung von Kirchendienern diese Muster zugrunde legen.

III. Vergütung

7. Die hauptberuflichen Kirchendiener sind in der Regel in folgende Vergütungsgruppen des BAT einzustufen:
 - a) in die Verg.-Gr. X:
Kirchendiener vor Vollendung des 25. Lebensjahres;
 - b) in die Verg.-Gr. IX:
 1. Kirchendiener nach Vollendung des 25. Lebensjahres,
 2. Kirchendiener mit großem Arbeitsbereich (z. B. in Kirchen mit mehr als 900 festen Plätzen) vor Vollendung des 25. Lebensjahres;
 - c) in die Verg.-Gr. VIII:
 1. Kirchendiener nach mindestens 5-jähriger Bewährung in Gruppe IX,

- 2. Kirchendiener mit großem Arbeitsbereich nach Vollendung des 25. Lebensjahres;
- 3. Kirchendiener mit handwerklicher Ausbildung und langjähriger, ihren Aufgaben förderlicher Berufserfahrung;

d) in die Verg.-Gr. VII:

Kirchendiener zu c), 2. und 3., nach langjähriger Bewährung im kirchlichen Dienst.

- 8. Nichtvollbeschäftigte hauptberufliche Kirchendiener erhalten von der Vergütung (Nr. 7), die für entsprechend vollbeschäftigte Kirchendiener festgelegt ist, den Teil, der dem Maß der mit ihnen vereinbarten Arbeitszeit entspricht. Die durchschnittliche Arbeitszeit der regelmäßig am Dienst mitbeteiligten Familienangehörigen ist dabei einzurechnen.
- 9. Die nebenberuflichen Kirchendiener werden mit einer Festvergütung entlohnt, die nach den örtlichen Gegebenheiten zu vereinbaren ist.
- 10. Die Höhe der Festvergütung (Nr. 9) soll in Anlehnung an die Vergütungsänderungen im öffentlichen Dienst — jeweils nach entsprechender Bekanntmachung des Evang. Oberkirchenrats — geändert werden. Demgemäß sollen mit Wirkung vom 1. April 1963 an
Vergütungssätze
nach dem Stand vom 31. März 1961 um 20 %,
nach dem Stand vom 31. März 1963 um 8 %
(in abgerundeten Beträgen) erhöht werden, soweit sie zwischenzeitlich nicht bereits aufgebessert worden sind.
- 11. Die Einstufung in die Vergütungsgruppe oder die Höhe der Festvergütung ist im Dienstvertrag festzulegen.
- 12. Als Entschädigung für die außerordentliche Abnutzung der Kleidung durch Putzarbeiten kann im Dienstvertrag den hauptberuflichen Kirchendienern ein jährliches Bekleidungs-geld bis zu 60.— DM, den nebenberuflichen ein solches bis zu 30.— DM bewilligt werden. Ein Bekleidungs-geld entfällt, wenn die Kirchengemeinde dem Kirchendiener eine Arbeitskleidung zur Verfügung stellt.

IV. Übergangs- und Schlußbestimmung

- 13. Den Kirchengemeinden wird nachdrücklich empfohlen, die bestehenden Dienstverträge mit Kirchendienern nach den vorstehenden Richtlinien zu ordnen.

OKR. 16. 12. 1963
Az. 25/2 — 20470

*** Durchführung der Richtlinien für die Anstellung von Kirchendienern**

(1) Die Muster für Dienstverträge und Dienstanzweisungen (Abschnitt II Nr. 6 der Richtlinien) sind bei der Expeditur des Oberkirchenrats erhältlich. Wir werden jedem Dekanat zunächst eine bestimmte Anzahl von Mustern übersenden und bitten, weitere Exemplare nach Bedarf bei der Expeditur anzufordern.

(2) Wegen der Bemessung der Festvergütung für nebenamtliche Kirchendiener (Abschnitt III Nr. 9

und 10 der Richtlinien) hat die Landessynode der Stellungnahme des Finanzausschusses darin zugestimmt, daß wegen der großen Verschiedenheit der örtlichen Verhältnisse in den Gemeinden zahlenmäßig festgelegte Richtlinien nicht angebracht sind, als Ausgangsbasis für die Vergütung nebenberuflicher Kirchendiener (Ziffer 9 und 10) jedoch BAT IX gewählt werden sollte.

(3) Grundlage für die Bemessung der Festvergütung sollte die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit sein, die nach den tatsächlichen örtlichen Verhältnissen festzusetzen ist. Alsdann kann (in Anlehnung an BAT IX) auf Grund der Wochenarbeitsstunden eine Monatsvergütung festgesetzt werden, deren oberer Rahmen zwischen 7,— bis 10,— DM je Wochenarbeitsstunde liegt.

Beispiel: Für einen Kirchendiener mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 9 Stunden kann eine monatliche Festvergütung im Höchstrahmen zwischen 63 und 90 DM beschlossen werden.

(4) Wir empfehlen den Bezirkskirchenräten, vor allem im Blick auf die kleineren Gemeinden, eine Verständigung zwischen den Kirchengemeinderäten über eine gleichmäßige Handhabung der Richtlinien bei etwaigen Neufestsetzungen von Vergütungen für Kirchendiener zu vermitteln.

OKR. 22. 11. 1963
Az. 10/0 — 18459

Erweiterung des Kirchspiels der Evangelischen Kirchengemeinde Bühl

In das Kirchspiel der Evangelischen Kirchengemeinde B ü h l, das z. Zt. die Gemarkungen der bürgerlichen Gemeinden Bühl, Oberweier und Ottersweier umfaßt, werden mit staatlicher Genehmigung mit Wirkung vom 1. Januar 1964 die Gemarkungen der bürgerlichen Gemeinden Balzhofen, Moos, Oberbruch, Unzhurst und Vimbuch als kirchliche Nebenorte eingegliedert.

OKR. 26. 11. 1963
Az. 10/0 — 18458

Erweiterung des Kirchspiels der Evangelischen Kirchengemeinde Steinbach bei Bühl

In das Kirchspiel der Evangelischen Kirchengemeinde S t e i n b a c h, das z. Zt. die Gemarkungen der bürgerlichen Gemeinden Steinbach, Eisental, Neuweier und Varnhalt umfaßt, werden mit staatlicher Genehmigung mit Wirkung vom 1. Januar 1964 die Gemarkungen der bürgerlichen Gemeinden Leiberstung und Weitenung als kirchliche Nebenorte eingegliedert.

OKR. 10. 12. 1963
Az. 14/5 — 20476

Die Mitglieder des Landeskirchenrats

Die Landessynode hat in ihrer Sitzung vom 11. 11. 1963 den Landessynodalen Dekan Dr. Ernst K ö h n l e i n in Karlsruhe für den Rest der laufenden Amtszeit zum Mitglied des Landeskirchenrats (Nachfolger für Dekan Adolf W ü r t h w e i n, z. Zt. in West-Berlin) gewählt.

OKR. 16. 12. 1963 **Die Mitglieder der Synode**
Az. 15/31 — 20475 **der EKD**

Nachdem Pfarrer Otto Kirschbaum infolge seiner Versetzung nach Freiburg aus der Landessynode ausgeschieden war, hat die Landessynode am 11. November 1963 den Landessynodalen Pfarrer Max-Adolf Cramer in Siegelsbach für den Rest der laufenden Amtszeit zum stellvertretenden Mitglied der Synode der EKD (1. Stellvertreter für Dekan Dr. Köhnlein) gewählt.

OKR. 19. 12. 1963 **Theologische Prüfungen im**
Az. 20/01 **Frühjahr 1964**

Die im Frühjahr 1964 abzuhaltenden theologischen Prüfungen werden beginnen:

die **erste** am **Mittwoch, den 1. April 1964** (1.—3. April schriftliche Prüfung, ab 13. April mündliche Prüfung);

die **zweite** am **Mittwoch, den 4. März 1964** (4.—6. März schriftliche Prüfung, ab 16. März mündliche Prüfung).

Die **Gesuche** um Zulassung zur **ersten** theologischen Prüfung müssen **spätestens am 4. März**, die zur **zweiten** theologischen Prüfung **spätestens am 8. Januar 1964** beim Evangelischen Oberkirchenrat eingegangen sein.

Was die weiteren Einzelheiten, die Gegenstände der Prüfung, die Gesuche um Zulassung und die den Gesuchen beizulegenden Nachweise betrifft, so verweisen wir auf die Studien- und Prüfungsordnung vom 13. Dezember 1951 in der am 1. Mai 1963 geltenden Fassung (VBl. 1963 S. 47).

Wir bitten die Herren Geistlichen, ihnen etwa bekannte Studenten auf die vorstehende Bekanntmachung aufmerksam zu machen. Die Kandidaten der zweiten theologischen Prüfung sind auf die Termine bereits hingewiesen worden.

OKR. 19. 12. 1963 **Bibelkundliches Kolloquium**
Az. 20/01

Das nächste bibelkundliche Kolloquium beim Evangelischen Oberkirchenrat findet am **9. April 1964** statt. Wegen der Zulassung verweisen wir auf § 5 der Studien- und Prüfungsordnung (Fassung vom 1. Mai 1963). Die **Gesuche** um Zulassung sind bis spätestens **24. März 1964** beim Evangelischen Oberkirchenrat einzureichen. Zum Nachweis der zurückgelegten Semester ist eine nach Disziplinen geordnete Aufstellung sämtlicher Vorlesungen mit Angabe der Semester, in denen sie gehört wurden, beizulegen.

Wir bitten die Herren Geistlichen, ihnen etwa bekannte Studenten auf die vorstehende Bekanntmachung aufmerksam zu machen.

OKR. 9. 12. 1963 *** Lehrbücher für den Reli-**
Az. 33/1 — 20200 **gionsunterricht in der**
Mittelstufe der Gymnasien

Nachstehend geben wir die Antwort des Kultusministeriums auf unseren Antrag um Aufnahme

von Lehrbüchern für den Religionsunterricht an Gymnasien in die Liste der im Rahmen der Lernmittelfreiheit zur Einführung zugelassenen Bücher bekannt:

„Das Kultusministerium wird in der nächsten Liste der zum Gebrauch an den Gymnasien Baden-Württembergs zugelassenen Lehrbücher (voraussichtlich März 1964) darauf hinweisen, daß die vom Evang. Oberkirchenrat in Karlsruhe genehmigten Bändchen ‚Evangelium und Kirche‘ — ‚Glaube und Nachfolge‘ aus dem Werk: Lehrbuch der Evangelischen Unterweisung, herausgegeben von Dr. Ernst Busch und Walter Esken, zum Gebrauch an den Gymnasien Baden-Württembergs zugelassen sind.“

Die beiden genannten Werke können für die Mittelstufe der Gymnasien eingeführt werden.

OKR. 19. 12. 1963 **Bezirksvertreter der Inne-**
Az. 44/2 — 20746 **ren Mission und des Hilfs-**
werks

Zum Bezirksvertreter der Inneren Mission und des Hilfswerks für den **Kirchenbezirk Bretten** ist Pfarrer Konstantin Mudrack in Rinklingen bestellt worden.

OKR. 29. 11. 1963 *** Die Besoldung und Versor-**
Az. 22/0 — 19498 **gung der Pfarrer und der**
Kirchenbeamten und die
Bezüge der Angestellten
der Landeskirche

I

Die in den Bezügen der Pfarrer, der Pfarrdiakone, der Kirchenbeamten und der Versorgungsempfänger sowie in der Vergütung der Angestellten der Landeskirche enthaltenen **Ortszuschläge** werden mit Genehmigung der Landessynode vom 13. 11. 1963 in sinngemäßer Anwendung der Bestimmungen des Vierten Gesetzes zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes vom 16. 10. 1963 (Ges. Bl. S. 143) **mit Wirkung ab 1. April 1963 erhöht**. Die neuen Sätze sind aus der nachstehenden Tabelle ersichtlich, die damit an die Stelle der in Abschnitt C der Bekanntmachung vom 11. 7. 1963 (VBl. S. 43/44) abgedruckten Tabelle tritt.

Soweit Kirchengemeinden an Pfarrer (unständige Geistliche) Ortszuschlag zu zahlen haben, sind **für April 1963** nur die Stufen 1 und 2 und **ab Mai 1963** die fettgedruckten Zahlen der Stufen 2ff. der Tarifklasse II maßgebend. Der über den Stufen 1 und 2 in Klammern beigefügte **Zusatz** gilt mithin erst **ab Mai 1963**.

Eine Kürzung des Ortszuschlags, die bisher vorzunehmen war, weil der Ehegatte im öffentlichen Dienst steht oder auf Grund einer Tätigkeit im öffentlichen Dienst nach beamtenrechtlichen Grundsätzen versorgungsberechtigt ist, entfällt ab 1. Januar 1964.

Ortszuschlag ab 1. April 1963

Orts- klasse	Ledige bis zur Voll- endung des 40. Lebensjahres (ausgenom- men Pfarrer)	monatlich DM						
		ohne kinderzuschlags- berechtigende Kinder und Ledige vom vollende- ten 40. Lebensjahr an (zuzüglich ledige Pfarrer vor vollendetem 40. Le- bensjahr)	Verheiratete und Verwitwete mit kinderzuschlagsberechtigenden Kindern:					
			1 Kind	2 Kinder	3 Kinder	4 Kinder	5 Kinder	6 Kinder
Stufe	1	2	3	4	5	6	7	8

Tarifklasse Ib: Pfarrer und Beamte in Besoldungsgruppen A 14a bis A 16

S	191	248	273	304	335	366	397	437
A	160	211	235	264	293	322	351	389
B	129	174	196	222	248	274	300	334

Tarifklasse II: Pfarrer und Beamte in Besoldungsgruppen A 10a bis A 14 und Angestellte in Vergütungsgruppen Ib bis IVa

S	154	204	229	260	291	322	353	393
A	130	173	197	226	255	284	313	351
B	106	142	164	190	216	242	268	302

Tarifklasse III: Pfarrdiakone generell; Beamte in Besoldungsgruppen A 1 bis A 10 und Angestellte in Vergütungsgruppen IVb bis X

S	126	166	191	222	253	284	315	355
A	105	141	165	194	223	252	281	319
B	84	116	138	164	190	216	242	276

II

In der Höhe der bisherigen **Kinderzuschläge** tritt eine Änderung nicht ein. Es sind weiterhin die gemäß § 14 des Pfarrerbesoldungsgesetzes vom 25. 4. 1963 (VBl. S. 29) und gemäß §§ 1 und 2 des kirchlichen Gesetzes zur Änderung der Besoldung und Versorgung der Kirchenbeamten und der Bezüge der Angestellten der Landeskirche vom 25. 4. 1963 (VBl. S. 19) zustehenden Kinderzuschläge (Grundbetrag zuzüglich Zuschlag) zu zahlen, wie sie aus nachstehender Tabelle ersichtlich sind.

Kinderzuschlag ab 1. Mai 1963
(Grundbetrag + Zuschlag)

	bis zum vollendetem		
	6.	14.	18. bzw. 25.
	Lebensjahr		
	monatlich DM		
für ein Kind	50	55	60
für ein zweites bis zum fünften Kind je	55	60	65
für ein sechstes und jedes weitere Kind	60	65	70

Nach Vollendung des 18. Lebensjahres wird Kinderzuschlag nur gewährt, so lange das Kind in einer Schul- oder Berufsausbildung steht, die seine Ar-

beitskraft überwiegend in Anspruch nimmt, längstens jedoch bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres.

Für verheiratete, verwitwete und geschiedene Kinder wird kein Kinderzuschlag gezahlt.

OKR. 21. 11. 1963
Az. 22/8 — 17355

*** Aufwendungen für berufliche Weiterbildung als Werbungskosten bei der Lohnsteuer**

In Ergänzung unserer Bekanntmachung vom 9. 7. 1963 (VBl. S. 45) geben wir nachstehend eine Entscheidung des Bundesfinanzhofes vom 28. 6. 1963 — VI 45/63 U — bekannt, die sich mit dem Begriff der Werbungskosten und mit der steuerlichen Berücksichtigung von Kosten für die berufliche Weiterbildung, insbesondere auch der Pfarrer befaßt. Die Entscheidung hat folgenden Wortlaut:

„Berufsbildungskosten als Werbungskosten

1. **Werbungskosten** sind alle Aufwendungen eines Arbeitnehmers, die **durch den Beruf veranlaßt** sind, soweit es sich nicht um Kosten der Lebenshaltung im Sinne von § 12 Nr. 1 des Einkommensteuergesetzes (EStG) handelt (BFH-Urteil vom 2. 3. 1962, BStBl. 1962 III S. 192). Die **Kosten der Ausbildung für einen Beruf** gehören zu den einkommensteuerrechtlich **nicht** berücksichtigungsfähigen Kosten der privaten Lebensführung im Sinne von § 12 Nr. 1 EStG. Dasselbe gilt von Aufwendungen, die ein bereits im Berufsleben stehender Steuerpflichtiger macht, um seine Lebens-

stellung durch den **Übergang in einen anderen Beruf** zu verbessern. Deshalb sind z. B. Studienkosten für einen Steuerinspektor, der nebenbei an einer Universität Rechtswissenschaft studiert, oder die Kosten des Doktorats keine Werbungskosten (BFH-Urteile vom 24. 8. 62, BStBl. 1962 III S. 488, vom 6. 3. 1952, BStBl. 1952 III S. 280; und vom 20. 9. 1957, BStBl. 1957 III S. 424). Auf der anderen Seite gehören aber Beträge, die ein Steuerpflichtiger zur **Fortbildung** in dem bereits ausgeübten Beruf aufwendet, zu den Werbungskosten im Sinne von § 9 EStG, weil sie der Erhaltung und regelmäßig auch der Erhöhung der Einnahmen aus dem ausgeübten Beruf dienen. Die Abgrenzung von Ausbildungs- und Fortbildungskosten ist allerdings oft schwierig. Der Senat hat aber bereits wiederholt darauf hingewiesen, daß es auch im öffentlichen Interesse liege, das Streben nach Verbesserung der beruflichen Leistungen zu fördern und deshalb den steuerlichen Begriff „Fortbildungskosten“ nicht zu eng zu fassen (vgl. zuletzt BFH-Urteil vom 15. 3. 1963, BStBl. 1963 III S. 298). Es steht Arbeitnehmern grundsätzlich frei, welche Aufwendungen sie für ihre Fortbildung im ausgeübten Beruf machen wollen, sofern diese Aufwendungen nicht ausschließlich oder in wesentlichem Umfang auch die Lebenshaltung berühren.

2. Aufwendungen eines **Geistlichen für Fachbücher** und Mikrofilme von Predigthandschriften sind Kosten der beruflichen Weiterbildung und darum Werbungskosten, ohne daß es darauf ankommt, ob die Ausgaben der Höhe nach „üblich“ oder „angemessen“ sind.

3. Ausgaben eines Steuerpflichtigen zur Fortbildung im ausgeübten Beruf sind Werbungskosten, auch wenn der Steuerpflichtige dadurch zugleich sein Ziel eines Berufswechsels fördert.“

OKR. 17. 12. 1963
Az. 30/7 — 15883

*** Das Läuten der Kirchenglocken**

Die Kirchenglocken haben seit jeher die Aufgabe, die Gemeinde zum Gottesdienst und zum Gebet zu rufen. Daneben dienen sie entweder kraft Herkommens oder auf Grund ausdrücklicher Vereinbarung mit der politischen Gemeinde noch sonstigen öffentlichen Zwecken, insbesondere dem Zeitläuten und dem sog. politischen Läuten (z. B. bei Feuers- und Wassernot).

In letzter Zeit werden jedoch in zunehmendem Maße gegen ein ausgedehntes Läuten der Kirchenglocken Einwendungen erhoben: Die technische Entwicklung habe ein Zeitläuten weitgehend überflüssig gemacht; das Zeitläuten entspreche nicht mehr dem heutigen Lebens- und Arbeitsrhythmus der Bevölkerung. Die nervliche Beanspruchung der Bevölkerung durch Geräuschbelastigungen sei so erheblich, daß auch ein häufiges und längeres Glockenläuten als solche empfunden werde.

Bei einer Prüfung, ob diese Einwendungen bei der kirchl. Läuteordnung berücksichtigt werden können, ist von der kirchlichen Widmung der Glocken auszugehen. Soweit es mit dieser zu vereinbaren ist, kann das Glockenläuten nach Häufigkeit und Dauer eingeschränkt werden.

Wir empfehlen daher den Kirchengemeinden, die bestehenden Läuteordnungen zu überprüfen; dabei halten wir in der Regel folgendes für vertretbar:

1. An **Werktagen** kann insbesondere in größeren Städten und in den Dörfern, die zum Einzugsgebiet solcher Städte mit starkem Pendlerverkehr dorthin zählen, von dem Zeitläuten zwischen 20.00 Uhr und 8.00 Uhr abgesehen werden. Zu Gottesdiensten und Kasualien wird geläutet. Die Läutedauer ist auf eine angemessene Zeit (3 bis 5 Minuten) einzuschränken. Wo über das Zeitläuten eine auf Herkommen oder Vertrag beruhende Regelung mit der politischen Gemeinde besteht, ist deren Einverständnis für die Einschränkung oder Einstellung des Zeitläutens einzuholen.
2. An **Sonn- und Feiertagen** kann das Läuten vor 8.00 früh eingestellt werden. Zu den Gottesdiensten selbst wird in der üblichen Weise geläutet. Das Vorläuten sollte beibehalten werden; jedoch kann die Läutedauer — je nach den örtlichen Gegebenheiten — verkürzt werden.

Hinweis

Die „Evangelische weibliche Jugend Deutschlands — Burckhardthaus“ e. V. — führt vom **20. Januar bis 2. März 1964** und vom **13. Juli bis 1. August 1964** zwei **Einführungskurse in die evangelische Jugendarbeit** durch. Eingeladen sind hierzu ehrenamtliche und nebenberufliche Mitarbeiterinnen in der Jugendarbeit, Schwestern, Kirchenmusikerinnen, Kindergärtnerinnen, Pfarrbräute und Vertreterinnen der verschiedensten Berufe. Die Kosten betragen für den sechswöchigen Kurs DM 150,—, für den dreiwöchigen Kurs DM 80,—. Auf dem Programm steht u. a. Einführung in Bibelkunde, Exegese, Glaubenslehre und Seelsorge, methodische Anleitungen und praktische Übungen in Kinder- und Jugendgruppen, Altersstufenpsychologie und Gruppenpädagogik, Hilfen für die musische Arbeit.

Anmeldungen werden an das Burckhardthaus 646 Gelnhausen, Herzbachweg 2, erbeten.

**Besuchszeiten beim Evang. Oberkirchenrat:
Mittwoch und Donnerstag von 10 — 12 Uhr
und 15.30 — 17 Uhr**

Diese Besuchszeiten sollten möglichst eingehalten werden. Da Dienstag Sitzung des Oberkirchenrats ist, sollten — von ganz dringenden Fällen abgesehen — an diesem Tage keine Besuche stattfinden.

Rechtzeitige schriftliche Anmeldung ist erforderlich.

Samstags ist das Dienstgebäude des Evang. Oberkirchenrats geschlossen.